

5.07.1995

Bündnis Alternativer Linker Unigruppen (BALU)  
Rosa Liste  
Feministische Frauenliste

Erlenring 5  
35037 Marburg

An:  
**AStA Uni Frankfurt**  
AStA TH Darmstadt  
AStA FH Frankfurt

Liebe FrankfurterInnen

wir schicken Euch hiermit einen Artikel, der im Marburger AStA-Info erschienen ist und von den asta-tragenden Gruppen Bündnis alternativer Linker Unigruppen (BALU), Rosa Liste und Feministische Frauenliste in dieser Form getragen wird, die Jusos in unserer Koalition unterstützen weder den Artikel noch die Stellungnahme in der Form.

Zwei Punkte wollen wir noch erläutern, die in dem Artikel zu kurz gekommen sind und in der Form seinen Rahmen auch gesprengt hätten.

Wir wollen und konnten trotz einiger Telefonate die Vorgänge nicht mehr im Einzelnen aufklären, das dürfte für Außenstehende kaum noch möglich sein. Es geht uns folglich nicht um die Frage, wer mehr oder weniger Schuld hat. Der entscheidende Punkt ist der Polizeieinsatz gegen eine linke studentische Gruppe, den wir in keinem Fall tolerieren können.

Im Gegensatz zum AStA der TH Darmstadt fordern wir nicht den Rücktritt der Vorstände, weil das nicht unserem Verständnis von AStA-Arbeit entspräche. Für uns sind die Vorstände in erster Linie die juristisch nunmal notwendigen gesetzlichen VertreterInnen, die nur gemeinsame AStA-Plenumsbeschlüsse umsetzen. Ein Rücktritt der Vorstände wäre vor diesem Hintergrund eine Farce, warum sollte der Vorstand zurücktreten, wenn doch der ganze AStA hinter der Entscheidung steht. Deshalb fordern wir "eine öffentliche Dokumentation des Umdenkens" - die Form, die ein Signal für eine veränderte inhaltliche Ausrichtung Eurerseits wäre, bleibt Euch überlassen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Carmen Wöhler, Pia Maier

(Computerfax, daher ohne Unterschriften)

P.S.: Die AStA-Info-Seite sah ein wenig anders aus, mein Computermag gerade mal wieder nicht so wie ich will...

## AStA-Info 10

**AStA Frankfurt holt Polizei auf Campus****Hessenweite Kritik an der veranlaßten Café-Räumung / Erschreckende Äußerungen**

An der Frankfurter Uni gibt es ein studentisches Kommunikationszentrum (KOZ) auf dem Campus. Es untersteht dem AStA und wird seit Jahren von einem Kollektiv betrieben. Dort finden Veranstaltungen statt, tagsüber ist es ein Café. Das KOZ-Kollektiv ordnet sich dem links-radikalen-Spektrum

Der AStA hatte die Verträge mit dem KOZ-Kollektiv gekündigt und wollte die "KollektivistInnen" nicht komplett wieder einstellen. Verhandlungen scheiterten – warum läßt sich für uns nicht mehr hören. Fest steht: Es war nicht möglich, eine Lösung zu finden, die von beiden Seiten akzeptiert wurde.

Der AStA nannte auch Vorwürfe finanzieller Art. Sie sind nicht stichhaltig, da der AStA-Vorstand Ausgaben des KOZ gegenzeichnen muß. Die finanzielle Hoheit des AStA war gewährleistet.

Erschreckend sind die Äußerungen des Finanzreferenten bezüglich der Obdachlosen, die sich im KOZ aufhielten. Er meinte, daß im KOZ mehr Obdachlose wären als Studis, das müsse sich ändern. Eine differenzierte Sichtweise, die allen Menschen individuell nach ihren Handlungen beurteilt, wie das Kollektiv dies für sich beansprucht, ist einer Ausgrenzungs- und Vertreibungspolitik gewichen.

Als das KOZ nach Umbauarbeiten wiedereröffnet werden sollte, spitze sich der Konflikt so weit zu, daß der AStA zur Räumung des KOZ die Polizei rief. Auch hier ist der genaue Verlauf der Dinge nicht mehr zu klären, die Beschreibung der Vorfälle widersprechen sich. Sicher ist, daß die Räumung vorher geplant war und die Polizei eine Liste von KOZ-Mitgliedern bekommen hatte, deren Personalien bei der Räumung festgestellt wurden.

Als Alternativen in dieser Situation nannte die Frankfurter AStA-Vorsitzende: "eigene Schlägertrupps aufstellen, die Bullen holen oder das KOZ verlieren". Andere Möglichkeiten wurden nicht in Betracht gezogen. Beide Parteien hätten sich etwa dem Beschluß einer Vollversammlung unterordnen können, es geht ja um ein studentisches Café. Es liegt der Verdacht nah, daß der AStA mit Hilfe der Polizei eine links-radikale Gruppe vertreiben wollte.

Ob es für einen AStA, der sich als links versteht, legitim sein kann, einen politischen Konflikt mit Hilfe der

zu, es lehnt sexistische und rassistische Veranstaltungen in seinen Räumen ab. Anfang Juni eskalierte der Konflikt zwischen KOZ-Kollektiv und dem AStA, den die Jusos-HSG, Bündnis 90 / Die Grünen und die Internationalen Liste / Undogmatische Linke stellen.

Staatsgewalt zu lösen, war auch Thema der vergangenen Landes-Asten-Konferenz (LAK). Die Vertreterin des Gießener AStAs kritisierte das Vorgehen der FrankfurterInnen. Der AStA der Gesamthochschule/Universität Kassel hatte sich schon vor der LAK mit dem KOZ-Kollektiv solidarisiert. Die Technische Hochschule Darmstadt hat sogar den Rücktritt der Frankfurter AStA-Vorsitzenden gefordert (siehe auch unten).

**Sudan-Friedenskarawane**

Fatima Ahmed Ibrahim ist eine prominente sudanesischer Politikerin, ehemalige Präsidentin des Internationalen Demokratischen Frauenverbandes und Präsidentin der sudanesischen Frauenunion. Derzeit lebt sie im britischen Exil.

Fatima Ahmed Ibrahim führt eine Kampagne zur sofortigen Beendigung des Bürgerkrieges und Leidens der Zivilbevölkerung. Sie nimmt die Form einer Friedenskarawane an, die von den Unterabteilungen der UNO und amnesty international (ai) aus startet, um die internationale Aufmerksamkeit auf einen vergessenen Völkermord zu lenken. **Fatima Ahmed Ibrahim referiert am Dienstag, 4. Juli, 20 Uhr, im KFZ, Schulstraße 6.**

**Internationale Woche**

Kakuripuna – laßt uns gehen! Das ist das Motto der Ersten Internationalen Woche des Marburger Weltladens, die derzeit läuft. Sie soll die Zusammenhänge zwischen der Benachteiligung der Menschen in der sog. 3. Welt und unserem Konsum aufzeigen. **Achtet auf die gelben Plakate!**

**Stellungnahme der BALU, FemFraLi und Rosa Liste**

Das Bündnis alternativer linker Unigruppen (BALU), die Feministische Frauenliste (FemFraLi) und die Rosa Liste nehmen wie folgt Stellung:

Wir können uns keine Gründe vorstellen, die einen Polizeieinsatz gegen andere studentische linke Gruppen rechtfertigen würden. Polizeieinsatz kann kein Mittel in einer politischen Auseinandersetzung sein.

Vom AStA der Uni Frankfurt erwarten wir für die weitere Zusammenarbeit eine öffentliche Dokumentation seines Umdenkens. Der AStA muß sich auf einer anderen Ebene mit dem KOZ-Kollektiv auseinandersetzen, um zu einer konstruktiven Lösung zu kommen. Außerdem fordern wir die Rücknahme der Äußerungen gegen Obdachlose und eine öffentliche Entschuldigung bei ihnen.

**Aus der Stellungnahme der TH Darmstadt**

Wir meinen, daß dem AStA genügend Sanktionsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, seinen Willen in Bezug auf die wirtschaftliche Situation und die politische Ausgrenzung im KOZ durchzusetzen. (Wie) wollt Ihr denn noch gegen die eskalierende staatliche Gewalt gegen politische Gegner protestieren, wenn Ihr selbst dokumentiert, daß es – in Eurem Fall sogar recht schnell – legitim ist, den eigenen Willen kompromißlos gegen politischen Widerstand durchzusetzen. Darüber hinaus ist durch Euch ein möglicher Anfang gesetzt worden, beliebige Aktionen von Studierenden auf dem Campus ganz "legal" zu verhindern.

Das schlimmste an der ganzen Geschichte ist, daß Ihr Euch nicht als rechter AStA bezeichnet oder zu erkennen seid, sondern daß ihr aus traditionell zur Linken gerechneten Gruppen zusammengesetzt seid. Die Wirkung Eures Handelns zur Legitimation staatlicher Gewalt, von Obdachlosenvertreibung bis zu massiven Polizeieinsätzen gegen alles, was sich bewegt, ist unendlich viel größer, als wenn ein RCDS-AStA des KOZ geräumt hätte.